

WELT+ ANGST VOR EINEM WUTWINTER

„Man fühlt sich ohnmächtig“ - So hart trifft die Gaskrise Deutschland

Stand: 28.08.2022 | Lesedauer: 18 Minuten

Von **Wolfgang Büscher, Alexander Dinger**

„Ich würde mir von der Politik einfachere Hilfen und weniger Bürokratie für einfache Leute wünschen“: Familie Fischer in ihrem Hof

Quelle: Marlene Gawrisch

In den Fünfzigerjahren schrieb der spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard ein Buch, der Titel wurde zum großen Versprechen der Bundesrepublik an die Deutschen: „Wohlstand für alle“. Nun stellen Inflation, Krieg und Energiekosten das Land auf die Probe. Gilt die alte Zusage noch – und für wen?

Diesen Sommer brennen die Briefe (</politik/deutschland/article240563073/Handwerker-Brief-an-Scholz-Wollen-Sie-wirklich-Ihr-Land-opfern.html>). Ihre Absender kommen aus der Mitte der Gesellschaft, adressiert sind sie an die Politik in Berlin. Den bisher bekanntesten Brandbrief schickte die Kreishandwerkerschaft im Halle-Saalekreis direkt an Bundeskanzler Olaf Scholz, unterzeichnet von 16 Innungsmeistern. Die Leute schrieben, sie seien nicht gewillt, für die Ukraine ihren schwer erarbeiteten Lebensstandard zu opfern. „Die Preise steigen in einem Tempo, dass ‚Otto Normalverdiener‘ seinen Lebensunterhalt nicht mehr zahlen kann.“

Der Brief mag scharf und Streitbar sein. Doch die Furcht, die er formuliert, beschleicht große Teile des Landes. Vor allem die arbeitende, wirtschaftende Bevölkerung. Sie fragt sich: Steht das Modell Deutschland vor dem Aus?

Andreas Rödder fürchtet genau das. „Das gesamte deutsche Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr“, sagt der Mainzer Historiker. „Es stand auf drei Säulen: Billiger Energieimport aus Russland; wirtschaftliche Abhängigkeit von China; und für die Sicherheit sorgen USA und Nato, ohne dass wir unseren Beitrag zahlen.“ Deutschland stehe vor radikalen Veränderungen.

Die Entwicklung der vergangenen Monate stellt das Land jedenfalls auf eine Probe. Das Bonmot des früheren Bundeskanzlers Ludwig Erhard (</themen/ludwig-erhard/>), „Wohlstand für alle“, war mit den Jahren zum Versprechen geworden, dass der Staat seinen Bürgern gab. Es galt 70 Jahre lang. Nun rollt eine Teuerung durchs Land (</wirtschaft/article240565341/Erzeugerpreise-steigen-im-Rekordtempo.html>), sie trifft nicht nur die Abgehängten. Sie trifft auch jene, die Deutschland am Laufen halten, die sogenannte Mitte. Die Preise für Gas, Strom und Benzin steigen auf Rekordhöhen (</wirtschaft/article240704507/Energiekrise-Europaeischer-Gaspreis-steigt-auf-neues-Rekordhoch.html>), sie durchkreuzen Lebenspläne wie Geschäftspläne. Die deutschen Sicherheitsbehörden warnen deshalb vor einem Winter der Wut (</politik/deutschland/article240525857/Verfassungsschutz-Rechtsextreme-schueren-Aengste-fuer-einen-heissen-Herbst-2022.html>). Die einen sorgen sich um das Modell Deutschland, eine Demokratie, die sich auf eine starke Wirtschaft stützt. Die anderen lassen aus politischen Gründen keine Gelegenheit aus, ihr Ende herbeizuraunen.

Der Historiker Rödder sagt, Deutschlands nähere Zukunft hänge davon ab, „ob die demokratische Linke und die demokratische Rechte das anschwellende radikale Potenzial adressieren und einhegen können“. Die andere Frage ist, was die vergangenen Wochen und Monate mit dem Alltag von Familien und Unternehmen machen.

1. Familie E., Hamburg

Elisa und Lasse E. wohnten zur Miete in einem lebenswerten Viertel Hamburgs, nicht weit von der Universität. Sie machten sich nicht viel Hoffnung, als ihre Dreizimmerwohnung vor drei Jahren zum Kauf angeboten wurde. Denn sie arbeitete für ein schmales Gehalt bei einer

Organisation, die deutsche Schüler an Gastfamilien im Ausland vermittelt; und ihr Mann studierte damals noch, Holzwirtschaft. Und weil familiäres Geld für sie etwas ist, das sie nicht öffentlich besprechen wollen, möchten die E.s anonym bleiben.

Das Paar hatte großes Glück. Die Hauseigentümerin mochte sie, und als alle Banken, die sie nach einem Kredit fragten, abwinkten, rief Lasse E.s Vater seinen Bankberater an. Als Bauingenieur beriet er das junge Paar auch praktisch, ihre Familien halfen finanziell. So schafften es die E.s, das Minimum zusammenzukratzen, um Eigentümer zu werden. Und die Bank gewährte ihnen fürs Erste niedrige Ratenzahlungen.

Inzwischen haben sie einen Sohn, zwei Jahre alt. In den nächsten Tagen tritt Lasse E. in eine Firma ein, die Hamburgs Stadtbäume auf ihre Standfestigkeit prüft. Kein schlechtes Geschäftsmodell in Zeiten der Dürre und der Hitzesommer

(</vermishtes/katastrophen/article240665281/Copernicus-Bericht-Duerre-koennte-bis-November-anhalten.html>). Und endlich ein halbwegs anständiges Gehalt für die Familie.

Endlich mal durchatmen, vielleicht etwas anschaffen über das unbedingt Nötige hinaus. So dachten sie.

So hätte es kommen können, hätte Russland nicht einen Krieg in Europa begonnen. Das Leben wird teurer und teurer, vor allem die Preise für Strom und Gas spielen seit Monaten verrückt. Und da Elisa und Lasse E. ihre Wohnung mit Gas heizen, wird ihre Lebensrechnung bald nicht mehr aufgehen. „Wir haben noch keine neuen Abschlüsse gesehen“, sagen sie. Aber im Internet gibt es ja Gaspreisrechner. Bisher zahlte das Paar 700, höchstens 800 Euro im Jahr für den Verbrauch der Gasheizung. „Der Rechner kam auf sieben bis neun Mal so viel, 3500 Euro mindestens.“

Wie sie die aufbringen sollen, ist ihnen ein Rätsel. Sie überlegen, ob sie den fußkalten Boden und die Wände dämmen sollen, um die Heizkosten zu senken. Den alten Kamin reaktivieren, den stillgelegten Schornstein. Aber können sie sich das leisten? „Man fühlt sich ohnmächtig“, sagt Elisa E. Sie könne inzwischen nicht mehr duschen ohne den Impuls, „oh, ich muss aufhören“.

Lasse E. sagt: „Wenn der Kleine in der Badewanne sitzt und das Wasser läuft, weil er gern damit spielt, ist der Gedanke da, es abzdrehen. Ich muss mir dann sagen, er ist zwei, es ist

sein Recht zu spielen.“

Elisa E. sagt, „ich lese keine Nachrichten mehr“. Sie klingt, als erschrecke sie, wenn sie es ausspricht. Vor Monaten noch, so erzählen es beide, hätten sie oft über Politik gesprochen. Jetzt empfindet sie die Nachrichten aus der Welt als Bedrohung. Sie versucht, sich in ihre private Welt zu flüchten.

Wenn sie aus dem Wohnzimmerfenster blickt, sieht sie eine kleine Seitengasse, ein Idyll mit Kopfsteinpflaster. Junge Familien, Kinder, ein Tisch, Stühle. Diese Welt erscheint noch heil. „Wir werden das irgendwie schaffen“, sagt Elisa E. „Weil wir es schaffen müssen.“ Und weil ihr Mann und sie Familien hätten, die ihnen helfen könnten.

Familie, was aufbauen, es weitergeben an die nächste Generation. So geht der deutsche Traum, ein Traum der Bundesrepublik. Mehr als sieben Jahrzehnte lang kannte das Land fast nur eine Bewegung: vorwärts, aufwärts. Die heimliche deutsche Nationalhymne hieß: „Fahn, fahn, fahn auf der Autobahn“. So monoton die Melodie der Band Kraftwerk war, so stur geradeaus schien der Weg, den dieses Land nahm. Raus aus der Nachkriegsnot, aufwärts immer, rückwärts nimmer.

Die Fahrt ins Wohlstandsglück hatte aber immer einen Beifahrer: die German Angst ([/wissenschaft/article132728527/Die-German-Angst-steckt-tief-in-unseren-Genen.html](https://www.wissenschaft/article132728527/Die-German-Angst-steckt-tief-in-unseren-Genen.html)).

Die der Deutschen vor sich selbst und ihrer Geschichte. Sollte der Wohlstand eines Tages wanken, kann es dann auch die Demokratie zerreißen?

Gut 70 Jahre lang war das eher ein Raunen als eine ernsthafte Möglichkeit. Ab und zu rumpelte es in der Republik, danach ging es weiter aufwärts. Die Löhne, Renten und Kapitaleinkünfte, das Eigentum und die Ersparnisse, sie wuchsen und wuchsen. Als die neuen Länder Teil der Bundesrepublik wurden, erneuerte die Bundesregierung das alte Versprechen. Auch die Menschen im Osten sollten zu Erhards Erben werden.

2. Familie Fischer, Heyda

Für Patrick Fischer lebt der deutsche Traum, mit Eigenheim, in Heyda im Landkreis Meißen in Sachsen. Wenn er dort auf seinem Hof steht, fühlt er sich frei. Sein Haus liegt auf einer kleinen Anhöhe inmitten von Feldern. Nichts versperrt ihm die Sicht. Bis 1965 stand dort

eine Windmühle. Weil sie auffällig war, wurde sie gesprengt. Übrig blieb ein Dreiseithof. Wohnhaus, Nebengebäude, Scheune, 2000 Quadratmeter Land, Ende des 19. Jahrhunderts gebaut. Ringsum gibt es keine Bäume. Im Frühjahr und im Herbst pfeift der Wind durchs Gehöft.

Fischer ist jetzt 39, er bewohnt den Hof mit seiner Frau Simone, 41, und den fünf Kindern Lia, 13; Sanjo, zehn; Ari, acht; und den Zwillingen Madai und Marik, beide drei.

Die Familie hat zehn Jahre in Dresden gelebt, bevor sie vor drei Jahren aufs Land zog. „Wir hatten einfach keine Lust mehr auf die Großstadt“, sagt Fischer. Durch eine Anzeige waren sie auf das alte Haus aufmerksam geworden, Kaufpreis: 36.000 Euro.

„Das ist sehr wenig, aber es gibt auch sehr viel zu tun“, sagt Fischer. Er ist studierter Programmierer und Anwendungsentwickler, seit zwölf Jahren arbeitet er bei einem mittelständischen Unternehmen in Dresden. Einmal in der Woche muss er ins Büro. Er hat seine Arbeitszeit reduziert, damit er am Haus arbeiten und für die Kinder da sein kann. Er ist der Alleinverdiener in der Familie.

Fischer sagt, sie kämen über die Runden. Aber das Geld ist knapp. Das Haus zahlen seine Frau und er in kleinen Beträgen ab. 2500 Euro im Jahr. Das heißt im Alltag, dass sie lieber das Fahrrad nehmen als Auto und im Urlaub eher zelten, als ein Hotel zu nehmen. Und was die Fischers anbauen und ernten können, das bauen sie an und ernten sie. In einem Regal im Flur lagern Kartoffeln, Tomaten, Gurken, Maulbeeren und Eier von den eigenen Hühnern.

Ihr Problem ist, dass Strom und Gas ständig teurer werden, auch das Öl und das Benzin.

„Die gestiegenen Benzinkosten merken wir sofort auf dem Konto“, sagt Fischer. Wenn sie doch einmal das Auto brauchten, versuchen sie deshalb, alle Erledigungen mit einer Fahrt zu erledigen. Fischer sagt, ihm sei auch von Anfang an klar gewesen, dass ein altes, unsaniertes Haus höhere Nebenkosten bedeuten würde. Aber jetzt, angesichts der gegenwärtigen Lage, funktioniere die gesamte Finanzplanung nicht mehr.

Die Fischers fingen an, alles durchzurechnen, Tabellen zu erstellen, ihren Verbrauch zu überwachen. Ihre Ideen, was sie tun können, gleichen denen der Eheleute E. in Hamburg. Fischer baut gerade einen Kaminofen ins Wohnzimmer, er restauriert dafür einen

Schornstein, der 40 Jahre nicht genutzt wurde. Wenn die Wohnzimmertür offen steht, breite sich die Wärme auch im Obergeschoss aus, sagt Fischer. Und er will die Decke zum ungedämmten Dach isolieren und die zugigen alten Doppelfenster abdichten. So hofft er, den Verbrauch der Heizung um 20 Prozent zu drücken.

Fischer heizt mit Öl. In den vergangenen beiden Jahren, sagt Fischer, habe er jeweils im Frühjahr das Heizöl bestellt. Für 2250 Liter habe er um die 1350 Euro gezahlt. Bei den aktuellen Preisen wären es mehr als 3000 Euro. Und die Tanks sind wieder leer.

Als im vorigen Winter die Heizung einen Monat lang kaputt und nicht sofort ein Monteur verfügbar war, organisierte Fischer mehrere Heizlüfter. „Hat 1400 Euro zusätzliche Stromkosten für einen Monat gekostet“, sagt er. Ein Fehler, den er nicht wiederholen würde.

Trotzdem versucht Fischer, optimistisch zu bleiben. Er sucht die Fehler nicht immer bei Politikern. „Ich glaube, es ist immer schwierig, gute Politik zu machen. In Krisenzeiten ist es nochmals schwieriger.“ Es werde viel unternommen, allerdings komme ihm leider auch nicht alles, was in Berlin geplant wird, durchdacht vor.

Fischer sagt, er habe einige Zeit überlegt, Solarpaneele aufs Dach zu montieren. Doch die Liste der Vorschriften ist lang. „Ich würde mir von der Politik einfachere Hilfen und weniger Bürokratie für einfache Leute wünschen.“ Die Sache mit den Dächern hat Fischer vorerst aufgegeben.

Die Angst der Deutschen vor einer Rezession steigt. Am Freitag dieser Woche war Gas an den Energiemärkten (</themen/erdgas/>) so teuer wie nie. Eine Megawattstunde kostete mehr als 340 Euro, und die Experten erwarten, dass die Preise im Herbst noch weiter steigen. Schätzungen zufolge bedeutet das zum Beispiel, dass die Nebenkosten fürs Wohnen, bisher durchschnittlich rund 3000 Euro, bald 7000 Euro betragen könnten. Das Heizen ist demnach der Hauptgrund, aber nicht der einzige.

Und fast zeitgleich veröffentlichten die Marktforscher der Nürnberger GfK ihre jüngste Erhebung zur Stimmung im Land (/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article240689039/Sparneigung-schickt-Konsumklima-noch-weiter-in-den-Keller.html). Die Deutschen halten demnach angesichts des Zustands der Welt ihr Geld längst zusammen, wo immer es möglich ist. Die Kauflaune, so

die Forscher, sei so schwach ausgeprägt wie noch nie seit Beginn der Erhebungen im wiedervereinigten Deutschland.

Dazu passt, dass die Sehnsucht nach dem eigenen Heim, Sinnbild des bundesdeutschen Traums, zunehmend auf eine Wirklichkeit prallt, in der sie für viele Deutsche kaum noch finanzierbar ist. Die Kosten für Baumaterialien sind auf ein historisch hohes Niveau geschossen. Dämmstoffe im Juli auf rund ein Drittel mehr als vor einem Jahr. Baustahl und Zement kosten gut ein Viertel mehr.

Obendrein beklagen der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes und der Bauherren-Schutzbund den Wegfall und eine chaotische Handhabung von Fördermitteln. Das Ergebnis: In diesem Jahr erteilten die Behörden in den sechs Monaten 17 Prozent weniger Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser als im ersten Halbjahr 2021.

Schon vor dem Krieg in der Ukraine, sagen die Verbände, hätten die Baukosten ein „bedenkliches Ausmaß“ erreicht. Nun bringe der rasante Anstieg der Darlehnszinsen „das Fass zum Überlaufen“. Als Folge der großen Teuerung am Bau, folgern die Fachverbände, könnten sich nur noch Menschen mit hohem Einkommen ein Eigenheim leisten.

All das bedeutet für das Gemüt der Republik nichts Gutes. Der Staat sorgt dafür, dass es den Bürgern gut geht. Dafür versprach das Volk dem Staat und der Demokratie die Treue. Dieses deutsche Einvernehmen wird nun auf die Probe gestellt. Die Bundesregierung beschließt ein Entlastungspaket nach dem anderen, trotzdem geraten auch eben noch gesunde Firmen an ihre Grenzen.

3. Stickstoffwerke, Wittenberg

In Sachsen-Anhalt, am Rand der Stadt Wittenberg, liegt der Agro-Chemie-Park Piesteritz. Auf 220 Hektar produzieren dort 45 Unternehmen. Eines davon sind die SKW Stickstoffwerke, Tochterunternehmen eines Konzerns, Nummer zwei der Branche in Europa. Noch. Der Chemiebetrieb braucht enorm viel Gas. Vor allem als Rohstoff, mit dem er seine Produkte herstellt. SKW, 860 Mitarbeiter, 504 Millionen Euro Umsatz im Jahr 2020, ist der größte deutsche Hersteller von Ammoniak und Harnstoffprodukten und einer der wichtigsten Düngemittelproduzenten. Außerdem stellt er das für moderne Diesel-Fahrzeuge notwendige Entstickungsmittel AdBlue her.

Das Firmengelände ist so groß und hat so viele Straßen, Anlagen und Türme, dass man sich leicht verfahren kann. Unternehmenssprecher Christopher Profitlich steuert das Auto im Schrittempo und erklärt, wo das Gas in die Ammoniakanlage gespeist und in seine Bestandteile Wasserstoff und Kohlenstoff zerlegt wird. Wo das CO₂ gelagert und in einer benachbarten Großgärtnerei genutzt wird.

Zehn Minuten mit Profitlich im Auto fühlen sich an wie ein Grundkurs in Chemie. Und vieles, was seine Firma herstellt, ist für andere Industrien unverzichtbar. Ammoniak etwa. Als Entstickungsmittel bindet es Stickoxide und macht Abgase sauberer. Piesteritz liefert es in die ganze Republik. An Raffinerien, Kohlekraftwerke, Heizkraftwerke und Stadtwerke, außerdem an zahlreiche kommunale Müllverbrennungsanlagen.

„Wir stehen mit unseren Produkten am Anfang einer Dominokette“, sagt Profitlich in seinem Auto. „Fallen wir, kommt es irgendwann auch bei den Menschen an.“

Im Moment werden Felder bestellt, Ernte wird eingefahren, der Winter naht. Düngemittel aus Sachsen-Anhalt werden erst im Frühjahr wieder gebraucht. Fehlen sie dann, wird die Ernte künftig schlechter. Das würden die Bürger wohl erst im Herbst des kommenden Jahres merken, wenn sie beim Bäcker vor Brotregalen stehen und das Brot teurer würde. Beim Kraftstoffzusatz AdBlue machen sich die Probleme der Welt schneller bemerkbar. Zwei Drittel des deutschen Lieferverkehrs erledigen Lkw. Fehlt die Komponente AdBlue aus Sachsen-Anhalt, stottert die Logistikbranche.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie sehr Deutschlands Wohlstand von Gas abhängt. Und in Sachsen-Anhalt zeigt sich, dass das Wohl eines Teils der deutschen Wirtschaft davon abhängt, wie lange die Stickstoffwerke sich das Gas noch leisten können.

Profitlich sagt, Gas als Rohstoff könne seine Firma nicht ersetzen. Er macht eine Rechnung auf. Im vergangenen Jahr hätten die Stickstoffwerke noch mit fünf bis 30 Euro je Megawattstunde kalkuliert. Nun, Ende August, habe der Preis die 300-Euro-Marke überstiegen. „Das ist doch Irrsinn.“ Und dann sagt Profitlich, dass Deutschland vor einer fundamentalen Auflösung als Industriestandort stehe, wenn es so weitergeht. Irgendwann sei es zu spät, noch etwas zu ändern. „Wir sehen den Eisberg, auf den wir zusteuern.“

Die Lage für sein Unternehmen ist so bedrohlich, dass Profitlich darauf besteht, den Reporter seinem Chef vorzustellen. Petr Cingr, Geschäftsführer der Firma SKW, kommt gleich zur Sache. „Ab Oktober drohen uns Mehrkosten aufgrund der Gasumlagen von 30 Millionen Euro“, sagt er. „Das können wir nicht stemmen.“

Gibt es keine Lösung, müssen die Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt werden. Die Stickstoffwerke stehen schon im Kontakt mit den Behörden. Und Cingr hat Erwartungen an die Politik. „Energieintensive Unternehmen müssen von der Gasumlage befreit und der Gaspreis muss gedeckelt werden.“ Die westliche Welt solle sich auf einen Höchstpreis für Gas einigen. Mit großen Produzenten wie den USA und Norwegen würde das den Preis automatisch drücken. Unter den aktuellen Bedingungen sei man nicht wettbewerbsfähig. Hinzu kämen die viel höheren Produktionsstandards in Deutschland, die schon unter normalen Bedingungen vieles teurer machten.

Wer glaubt, dies sei ein extremer Fall und andere Unternehmen, die mit Gas nur heizten, werde es schon nicht so hart treffen, der kann zum Beispiel nach Minden in Westfalen fahren.

Dort produziert die Follmann Chemie seit 1956. Lacke für Industrie und Bau, Farben für Papier und Kartonagen, Beschichtungen. Und was die SWK für die deutsche Industrie ist, das ist Follmann für seine Kunden. Und für die Region. Auch in Minden geht es also um mehr als die Zukunft eines einzelnen Unternehmens.

Deutscher Mittelstand, eigentümergeführt in dritter Generation, im Stammwerk Minden arbeiten 650 Leute. Unternehmen, wie dieses sind oft Kraftzentren und Ermöglicher in ihrer Heimat. Fördern Sport, Bildung, Kultur. So hält es jedenfalls Henrik Follmann, der heutige Chef.

Die Gaskrise, sagt Follmann, treffe sein Unternehmen existenziell, treffe auch seine Kunden hart, die Papier- und Kartonage-Industrie vor allem. Drei Sorgen zählt Follmann auf. Erstens: die Verfügbarkeit, die Qualität der Energie. Sei schon vor dem Krieg in der Ukraine ein Problem gewesen. Zweitens: natürlich der Gaspreis. Daraus folgt, drittens, die Gefahr, dass in der Firma bald alles stillsteht. „Rein technisch könnten wir auf Öl ausweichen als Energiequelle. Aber das darf ich nicht. Das würde gegen die Betriebsgenehmigung für unser Werk verstoßen.“

Der Unternehmer findet den Abschied von fossilen Energien richtig, er will seine Firma ins Zeitalter der CO₂-freien Produktion führen, wie er sagt. Er kaufe klimaneutralen Strom ein, zudem hat er ein eigenes Blockheizkraftwerk gebaut. Das liefere 1500 kW Strom, „wir produzieren komplett mit grünem Strom“.

Follmann hat das Gefühl, alles richtig gemacht zu haben und wie von der Politik vorgegeben und doch bestraft zu werden. Er sagt, jetzt müsse er extrem teuren Strom kaufen und extrem teures Gas. Keiner könne sagen, wie es im nächsten Jahr sein werde. Ob er dann überhaupt noch wirtschaftlich arbeiten kann.

Mehr als 40 Jahre lang haben sie in Minden auch an Wochenenden gearbeitet. Das hat Follmann jetzt eingestellt, erstmals. „Was meinen Mitarbeitern nicht gefällt, denn sie verlieren ihre Wochenendzuschläge. Und meinen Kunden auch nicht, weil ich sie nicht mehr so zügig beliefern kann wie gewohnt.“

Follmann vermisst einen klaren Plan der Politik. Der Ausstieg aus den fossilen Energien sei richtig. Aber: „Dann muss man sich doch überlegen, was diese Energien zuverlässig ersetzen soll. Woher der Lebenssaft der Industrie kommen soll. Das ist nicht geschehen.“ So wie derzeit könne es nicht weitergehen. „Wir erleben gerade ein enormes Deindustrialisierungsprogramm“, sagt Follmann.

4. Union-Brauerei, Bremen

In Bremen steht ein traditionsreiches Brauhaus, Union heißt es, und es hat Glück im Unglück. Sein Vertrag mit dem regionalen Gasversorger lief Ende 2021 aus, der neue ist deutlich teurer: um 120 Prozent. Das war das Unglück. „Wir sind zähneknirschend darauf eingegangen“, sagt Lüder Kastens in seiner Brauerei. Allerdings, und das wäre Kastens' Glück, läuft der neue Vertrag drei Jahre. Die Experten erwarten nämlich, dass die Preise in nächster Zeit noch weiter steigen.

Als Architekt übernahm Lüder Kastens vor acht Jahren den Auftrag, die 1968 aufgegebene Union-Brauerei zu sanieren. Dafür erhielt er den Bremer Denkmalpreis. Dann fragte er sich: Warum nicht wieder darin brauen? Und stieg als Investor ein. Union-Bier, gegründet 1907 von Bremer Wirten, war einst beliebt. Seit Weihnachten 2015 gibt es das Bier wieder, und Kastens ist geschäftsführender Gesellschafter.

Aber sein Bier braucht Gas.

Man muss sich das vorstellen wie bei Sterneköchen. Wer schnelle Hitze braucht, wählt Gas. Beim Brauen, sagen die Experten, ist schnelle Hitze unverzichtbar. Andere Energiequellen scheiden aus, Öl wie auch alternative Energien.

Kastens durchschreitet das Sudhaus mit seinen blanken Metallkesseln. Eilt vorbei an Tanks, in denen das frische Bier lagert, läuft in die Abfüllerei, wo es in Flaschen und Fässer fließt. Was der Brauerei derzeit helfe, sagt er, sei ihre Gastronomie. Feste und Feiern.

„So gut wie jedes Wochenende ist gebucht, die Leute kommen aus ganz Bremen und dem Umland, etliche Zehntausend im Jahr.“ Das Geschäft mit dem Bier funktioniere noch, auch wenn die Flasche ein paar Cent mehr koste. Trotzdem sei mit dem Brauen allein „kaum noch Geld zu verdienen“. So oder so, sagt Kastens, könne er sich nicht mehr aussuchen, von wem er sein Gas kauft und zu welchem Preis. Sein regionaler Gasversorger sei derzeit der einzige, der die Firma noch beliefert.

Kastens bittet seinen Mitstreiter dazu, den Kaufmann Hans-Jörg Strandt. Denn der habe die wichtigen Zahlen im Kopf. Strandt wirkt besonnen, er sagt über sich, er neige nicht zur Panik. Und dass in jeder Krise auch eine Möglichkeit stecke. Aber wenn er im Moment die Zahlen sehe, sagt Strandt, „dann kann man wirklich Angst bekommen“.

5. Herbst der Wahrheit

Ein Paar in Hamburg, eine Familie in der sächsischen Provinz, drei Firmen im Osten und Westen der Republik. Sie sehen, dass ihre sicher geglaubte Welt wankt. Dass ihre Lebensmodelle, ihre Geschäftsmodelle, ihre Sicherheiten keine Selbstverständlichkeit mehr sind. Eine Krise wie diese jetzt kannten die Deutschen lange nicht. Sie weckt den alten Argwohn bei Politikern, Beobachtern. Und bei den Sicherheitsbehörden.

Der Chef des Verfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, sagte kürzlich: „In Deutschland werden wir derzeit mit Themen konfrontiert, die zu Protesten und Demonstrationen führen können.“

Extremismusforscher warnen davor, dass radikale Gruppen die berechtigten Sorgen und Ängste der Bürger kapern und instrumentalisieren könnten.

Das hätten schon die Corona-Proteste gezeigt, sagt der Mainzer Historiker Rödder: „Radikalisierte Anthroposophen verbanden sich mit ‚Querdenken‘. Jetzt sind es die Energiepreise. Da häuft sich ein Radikalisierungspotenzial auf, das mich beunruhigt.“

Rödder kennt Amerika gut, auch den Aufstieg Donald Trumps. Er sagt: „Wir haben oft erlebt, dass die Entwicklung in den USA uns nur ein paar Jahre voraus war. Und wenn ich als Historiker eines gelernt habe, dann dies: Die Zukunft ist radikal offen. Nichts hat Ewigkeitsgarantie, auch die Demokratie nicht.“ Es müsse nur eine halbwegs respektable Gestalt auftreten, die all diese Potenziale sammelt, und Deutschland könne ein anderes Land werden. „Wir sehen in Frankreich, Italien und den USA, wie schnell das gehen kann“, sagt Rödder.

Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt glaubt, auf welche Zeiten Deutschland zusteure, einen ruhigen Herbst und Winter oder einen voller Proteste, hänge auch davon ab, welche Antworten die Bundesregierung auf die sich zuspitzende Lage findet. Und wie Medien darüber berichteten. Die Sorgen der Menschen seien ja nun mal real, wie sich zeige. Und gerade im Osten gebe es einen tief sitzenden Argwohn, dass viele Politiker das Volk nicht ernst genug nähmen. Der Weg zum Protest sei hier kürzer.

Deutschland geht auf einen Stresstest zu. Er wird zeigen, ob das Land, ob die Politik die Kraft findet, nicht nur alte Modelle abzuschalten, sondern neue zu schaffen. Solche, die tragen.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240711965>